Die Revolution im Iran geht von der Stadt aus

Gespräch mit Mohsen Massarat*

sozialismus: *Der Krieg zwischen Iran und Irak, aber auch die internen Auseiandersetzungen in Iran haben in jüngster Zeit erheblich an Schärfe gewonnen. Die Linke in Westeuropa, auch in der BRD ist durch die Verlaufsform der iranischen Revolution und durch den ›Bruderstreit‹ am Schatt-el-Arab ziemlich verunsichert. Um mit letzterem zu beginnen, führen die beiden Opecstaaten Iran und Irak lediglich einen Stellvertreterkrieg im Dienste der Großmächte, wovon ein großer Teil der Linken auch heute noch ausgeht?*

Massarat: Die Propaganda im Iran behauptet, daß die USA den Irak als Instrument benutzen, um die Revolution in die Knie zu zwingen. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Die USA sind darauf aus, längerfristig ihre Hegemonie in der gesamten Ölregion wiederzugewinnen. Vom Standpunkt ihrer kurzfristigen Interessen müßten sie den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak mit dem Ziel eines baldigen Sturzes des Khomeini-Regimes schüren. Wenn sie dies nicht tun und sogar Länder wie Jordanien ermahnen, nicht zugunsten des Irak in den Krieg einzugreifen, dann zeugt dies von längerfristigen Überlegungen.

sozialismus: *Die iranischen Führer beanspruchen für sich, das Modell der iranischen Revolution zu exportieren. Uns scheint das keine sehr rationelle Politik zu sein, die auch dazu beigetragen hat, die Widersprüche zwischen den von früher schon stark belasteten Nachbarn Iran und Irak entscheidend zu verschärfen – gerade der offensive Charakter der islamischen Außenpolitik nach dem Schah.*

Massarat: Das hat durchaus auch innenpolitische Hintergründe. Man konnte immer dann, wenn innenpolitische Schwierigkeiten auftauchten und die Autorität des Klerus abzubröckeln begann, beobachten, daß sie dazu übergingen, außenpolitische Themen zu aktualisieren, wie z. B. die Befreiung Palästinas. Das ist im Irak wahrscheinlich genauso. Der propagandistische Griff nach außen hat eine innenpolitische Funktion, um dort die bestehenden und heranreifenden sozialen, nationalen und religiösen Gegensätze zu verschleiern, wenn man z. B. an die schiitischen Moslems und Kurden, die kaum an der Macht beteiligt sind – aber das ist nur meine Vermutung, ich bin da sehr unsicher. Jedenfalls ist nationalistische Propaganda mit übergeordneten politischen Zielen wie Eroberung auf beiden Seiten ein wichtiges Instrumentarium, um die nationale Einheit, richtiger die Illusion der nationalenEinheit vorzutäuschen. Es wurde monatelang von beiden Seiten in einer Art kaltem Krieg propagandistisch vorgegangen. Die Hälfte der Nachrichten von Radio Teheran befaßte sich mit Auseinandersetzungen und Konflikten innerhalb des Irak und mit Propaganda gegen den Irak – und ich kann mir vorstellen, daß Radio Bagdad genauso verfahren ist. Die Auswirkungen der islamischen Revolution auf die Schiiten im Irak war für Bagdad ohnehin eine Bedrohung. Es steht auch fest, daß der Irak die arabische Bevölkerung in Khusistan gegen Teheran aufgehetzt hat.

sozialismus: *Würde das heißen, daß beide Länder eine solche Entwicklung brauchen, um ihre nationale Identität zu behaupten und die ausbrechenden sozialen Kräfte zu binden? Der Widersinn wäre, daß beide Länder eine weitgehende Zerstörung ihres Industriepotentials, der Infrastruktur usw. in Kauf nehmen, nur um über außenpolitische Gegensätze zwischen den beiden Nationen die Innenpolitik etwas zu beruhigen und die sozialen Auseinandersetzungen zu begrenzen – das ist eine etwas gewagte These. Denn man wird doch mit Sicherheit sagen können, daß sich die ökonomische Basis beider Länder am Ende des Krieges erheblich verschlechtert haben wird.*

Massarat: Ein wirkliches Interesse an einem Krieg mit dem Irak hat die Teheraner Regierung sicherlich nicht. Sie hat auch nie, über die Propaganda hinaus, etwas Konkretes gegen den Irak unternommen und nie ernsthaft mit Krieg gedroht. Auf der anderen Seite wurde das vom Irak des öfteren angedeutet und sie haben auch immer wieder in Kurdistan, im Westen und Südwesten punktuelle Luftangriffe versucht. Das Regime im Teheran war gar nicht in der Lage, einen Krieg gegen den Irak oder ein anderes Land zu planen; vielmehr hat es viel unternommen, nur propagandistisch einen äußeren Feind aufzubauen. Die Geiselgeschichte ist ja sehr geschickt umfunktioniert worden. Dieser verbale Antiimperialismus hat sehr gewirkt, um die tatsächlichen Klassenauseinandersetzungen zu verschleiern und zur Kanalisierung der sozialen Bewegung zu führen, um den Klerusstaat zu stabilisieren. Anders liegen die Dinge auf Seiten des Baath-Regimes im Irak. Man sieht das auch daran, daß der Angriff nicht eine Kurzschlußhandlung war, sondern durchaus geplant und durchdacht war. Im Hinblick auf die innenpolitischen Probleme kann man die These

* Für sozialismus diskutierten Fritz Fiehler und Hans Reiff.

unterstützen, daß der Irak innerhalb des arabischen Lagers seinen Führungsanspruch erhebt in Konkurrenz zu der syrischen Baath-Partei. So gesehen ist der Krieg auch ein Stück Außenpolitik um die innere Position der irakischen Baath-Partei zu festigen.

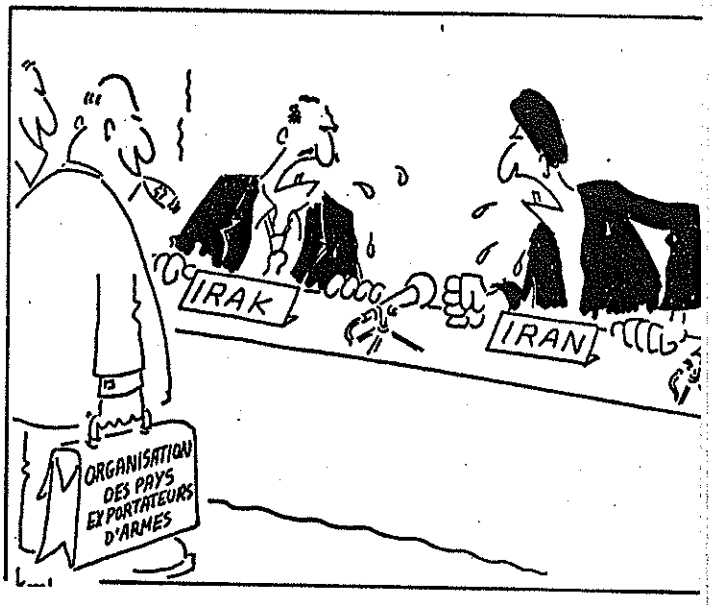
sozialismus: *Aber es gibt doch auch einen handfesten Grund. Soweit ich informiert bin, ist das Stück Land am Golf, um das es geht, doch vom Schah geklaut worden, um es mal einfach auszudrücken. Es gab jetzt von der innenpolitischen und militärischen Konstellation her eine günstige Gelegenheit es sich zurückzunehmen, zumal das sich dahinter verbergende Minderheitenproblem für den Iran selbst nicht gelöst ist.*

Massarat: Das ist nicht richtig. Das Land, das dem Iran in dem Vertrag von 1975 zugeschustert wurde, ist kahles, völlig nutzloses Gebirgsland. Der eigentliche Streit geht aber um den Schatt-el-Arab. Das ist die Stelle, wo die beiden Flüsse Euphrat und Tigris einmünden. In der Kolonialzeit, nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, wurde die irakische Grenze von den Engländern zugunsten des Irak am iranischen Ufer des Schatt-el-Arab festgelegt. Der Schah hat mit dem Irak folgendes ausgehandelt: der Schatt-el-Arab soll nicht dem Irak gehören, sondern beiden Ländern, die Grenze verläuft also durch den Schatt-el-Arab. Nun möchte das irakische Baath-Regime den mit dem Schah ausgehandelten Vertrag rückgängig machen. Der ökonomische Schaden des Krieges wird aber in keiner Weise durch den »Nutzen« einer neuen Grenze wieder wettgemacht werden können. Bis auf ein formales Monopol-Recht über die gesamte Flußbreite dürfte der Irak ohnehin keinen ökonomischen Nutzen davon haben. Anders liegen die Dinge in Khusistan, wo sich die Erdöllagerstätten befinden. Diese Provinz war geschichtlich nie Bestandteil des Irak. Die Irakis sagen aber: das ist unser Land, weil dort eine arabischsprechende Bevölkerung lebt. Deswegen nennen sie die Provinz auch nicht Khusistan, sondern Arabistan.

sozialismus: *Das heißt, daß auch die Zugehörigkeit zum Iran umstritten ist, was Khusistan, Khorramschar usw. betrifft?*

Massarat: Nein. Der Iran ist im Grunde genommen ein Vielvölkerstaat. Eine iranische Nation hat es eigentlich nicht gegeben. Insofern besteht das ganze Land aus vielen kleinen nationalen Minderheiten. Die persische Sprache ist zwar die herrschende Sprache, aber in Teheran lebt fast alles, Türken, Kurden (viel mehr Türken als Kurden), Leute aus dem Norden, die Verwandschaftsbeziehungen sind durchaus gemischt. Man kann also nicht sagen, daß unter dem Schah-Regime die Perser, die Iraner, geherrscht haben. Der Staatsapparat ist von allen Nationalitäten durchwachsen. Aber dennoch gibt es ein starkes Problem der nationalen Minderheiten. Das hat aber nichts mit der Herrschaft einer bestimmten Nation zu tun, sondern mit der Herrschaft der Zentralmacht. Die Zentralmacht hat in der Tat versucht, die nationalen Minderheiten zu unterjochen, egal wer an der Regierung war, im vorkapitalistischen Iran genauso wie im kapitalistischen. Ausgehend von der historischen Legitimation und der staatlicher Souveränität hat Khusistan immer dem Land angehört, das wir heute als Iran kennen.

sozialismus: *Man kann meiner Meinung nach in Zusammenhang mit diesem Krieg erstens nicht sagen, der Iran ist völlig*



unbeteiligt in dieser Auseinandersetzung, wird angegriffen und muß sich wehren; und zweitens kommt die Tatsache, daß das Moment der Irrationalität von beiden Ländern zugespitzt ist, auch darin zum Ausdruck, daß man gegenüber dem irakischen Nachbarn solche Forderungen (wie z. B. die Autonomie der Kurden) stellt, im eigenen Land aber gegenüber den Arabern, gegenüber den Kurden, Belutschen usw. auch nach dem Schah immer eine repressive Politik gemacht hat und noch nicht mal in der Lage war, einen Regionalismus herzustellen, gar nicht mal Unabhängigkeit, sondern lediglich Berücksichtigung der Elemente der Kultur, der Sprache usw.

Massarat: Ich würde auch nicht sagen, daß die islamische Regierung an der ganzen Geschichte völlig unbeteiligt war. Ich würde sagen, daß der propagandistische Stoß der islamischen Herrschaft im Iran den Angriff der Irakis erleichtert hat. Ich glaube aber nicht, daß die im Iran noch alles beherrschende islamische Republikanische Partei, die vor allem stark progagandistisch gegen Saddam Hussein und die Baath-Partei im Irak vorgeht, je ernsthaft daran geglaubt hat, den Irak direkt anzugreifen. Die Gründe dafür nannte ich bereits.

sozialismus: *Wie entwickelt sich das Kräfteverhältnis im Iran weiter? Du hast geschrieben, daß im Iran eine völlig neue Qualität der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt deutlich würde, sozusagen der Aufbruch zu einer Internationale der Entrechteten, zu einer Neustrukturierung des Verhältnisses von Entwicklungsländern und Industrienationen und der Abschaffung imperialistischer Strukturen. Die Frage ist, ob heute, nach den politischen Verschiebungen nach rechts, die Ansprüche der Linken an die Revolution verwirklicht sind. Du sagst, die Volkskräfte rücken zusammen. Man kann die Gegenthese entwickeln: Innere Konflikte werden nach außen verlagert, was einen Zusammenrückungseffekt bringt, aber die tatsächlichen inneren Widersprüche nicht beseitigt, sondern nur nach außen kehrt.*

Massarat: Wenn ich sage, daß die Volkskräfte zusammengerückt sind, dann nicht im Sinne einer Auflösung der Konflikte, sondern im Sinne eines Zweckbündnisses, das in dem Augenblick wieder auseinanderbricht, wo die Gefahr von

außen behoben ist. Die sozialen Auseinandersetzungen dürften nach der Beendigung des Krieges möglicherweise noch schärfer werden.

Jetzt zu der Frage der nationalen Emanzipation. Zunächst besteht da wohl ein Mißverständnis. In den Blättern des IZ3W ist der Anspruch der herrschenden islamischen Strömung eine Internationale der Entrechteten und soziale Emanzipation anzustreben, wiedergegeben, aber nicht meine Einschätzung. Ich teile diese Einschätzung nicht. Ich habe nur versucht zu begründen, weshalb die herrschende Strömung – vor allem verkörpert in der Person von Khomeini – in der Lage war, mit diesem Anspruch die Massenbewegung, die notwendig war, um mit dem alten Regime fertig zu werden, zu mobilisieren. Die Realisierung dieses Anspruchs ist natürlich eine ganz andere Geschichte. Das was du gerade als meine Interpretation formuliert hast, ist im Grunde genommen die Ideologie dessen, was in Iran momentan als Herrschaftsform existiert. Dennoch ist die emanzipatorische Qualität hervorzuheben, die hier zu sehen ist. Ich würde schon meinen, daß das, was dort passiert ist, insofern eine neue Qualität darstellt, als es sich in jedem Fall um eine nationale Emanzipation von besonderer Art handelt. Zwar ist sie von ihrem Charakter her historisch mit der mexikanischen, vielleicht auch mit der türkischen Revolution vergleichbar, stellt aber von ihrem sozialen Träger her eine neue Variante dar. Die herausragende Bedeutung der städtischen Slumbewohner in der iranischen Revolution grenzt diesen Typ von allen anderen relevanten Typen der nationalen Emanzipation ab. Daß im Iran zum ersten Mal in der Geschichte diese soziale Schicht als wichtigster Träger der Revolution auf die Bühne getreten ist, mag darauf zurückzuführen sein, daß in keinem anderen Land der Welt der Kapitalismus in solch einem kurzen Zeitraum und mit solchem Tempo und solch ungeheuerlicher Ungleichmäßigkeit gewaltsam durchgesetzt wurde.

sozialismus: *Du hast schon richtig angesprochen, daß man in der Geschichte der Befreiungsbewegung der Dritten Welt überhaupt zum ersten Mal das organisierte und zielgerichtete massenhafte Auftreten der Marginalisierten, der Slumbewohner usw. als treibende Kraft der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hat, solange es gegen den Schah gegangen ist. Aber auf der anderen Seite ist danach – m.E. deutlich werdend durch diesen Rechtsschwenk – das Moment vorhanden, daß eine ganz einfache Politik der Almosen gegenüber den Klassen und eine politisch-ideologische Einbindung gereicht hat, um sie – in der weiteren Entwicklung nach dem Sturz des Schah – nicht mehr zu einer treibenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen. Hier liegt ein klarer Widerspruch gegenüber dem Anspruch der iranischen Revolution.*

Massarat: Die Almosen-Politik bestand in der Tat in der Umverteilung von Erdöleinnahmen, insbesondere zugunsten der städtischen Arbeiter. Die Löhne sind bis zu 300% erhöht worden. Die Inflationsrate steigt zwar ständig, aber dennoch ist die Umverteilungsmasse so gewichtig, daß die Kaufkraft der Arbeiter unter dem Strich immer noch höher ist als vorher. Gelitten hat bis jetzt die Gruppe der Staatsdiener mit festem Einkommen, weniger die Bourgeoisie. Diese hat von der Umverteilung ebenfalls profitiert, denn sie hat wesentliche Subventionierungsmittel erhalten, um Betriebe wieder in Gang zu setzen. Aber die Bezieher von festen Einkommen, die unter dem Schah-Regime ökonomisch wesentlich besser gestellt waren, haben Verdienseinbußen hinnehmen müssen. Dies ist eine kurzsichtige Politik, wenn man bedenkt, daß die Konflikte struktureller Natur sind. Das Hauptproblem der iranischen Gesellschaft, das es zu lösen gilt, ganz egal welche Gruppe, welche soziale Kraft an die Macht kommt oder die Macht behält, ist m. E. im Verhältnis zwischen Stadt und Land angelegt, das entstanden ist unter dem Schah-Regime dank dessen spezifischen Industrialisierungsmodell. Die besonders krasse Ungleichheit der Entwicklung zwischen Stadt und Land manifestiert sich heute in der Existenz der relativ großen sozialen Schicht der Slumbewohner, die bewußtseinsmäßig auf das Land orientiert ist, obwohl sie dem Land den Rücken gekehrt hat, in Ballungszentren der Städte angesiedelt ist, ohne in das Stadtleben je integriert werden zu können. Es handelt sich immerhin um 5,5 Mio. städtische Bewohner, wenn man zugrunde legt, daß etwa 17 Mio. Menschen in den Städten wohnen, was etwa einem Drittel, wahrscheinlich sogar mehr, der städtischen Bewohner entspricht. In Teheran dürfte der Anteil der Slumbewohner sogar höher liegen. Solange das Schicksal der Slumbewohner, für meine Begriffe die Hauptfrage der iranischen Gesellschaft, also das Schicksal jener entrechteten Menschen, auf die auch die Islamische-Republik-Partei sehr stark setzt und aus denen sie auch trotz wachsender Unzufriedenheit ihre Massenbasis nach wie vor rekrutiert, nicht gelöst ist, bleibt dieses Problem als der bedeutendste soziale Sprengstoff bestehen.

sozialismus: *Das hieße aber umgekehrt, daß weder Banisadr noch die stärker links stehenden Kräfte es bisher geschafft haben, auch nur den Schimmer einer Perspektive der ökonomischen und sozialen Entwicklung für den Teil der Bevölkerung, der den Schah letztendlich gestürzt hat und der heute die große Massenbasis für die stärkste politische Kraft ist, geboten hat.*

Massarat: Banisadr ist landesweit immer noch sehr populär, aber nicht deshalb, weil er etwa seine sozialpolitischen Versprechen hat erfüllen können. Vielmehr verdankt er dies seinem besonderen Geschick, alle bestehenden sozialen Miseren der die wichtigsten Staatsorgane kontrollierenden IRP und der Regierung Radjai anzulasten. Banisadr hat angesichts seiner besonderen Distanz zur IRP inzwischen die Rolle einer Art Gallionsfigur übernommen, hinter der alle Gegner der IRP mit durchaus unterschiedlichen Interessen sich eingereiht haben. Vom Kern seiner wirtschaftspolitischen Konzeption her (im besten Fall linkskeynesianistisch) steht er den bürgerlichen Schichten im Basar, in der Industrie und in der Verwaltung näher als den Arbeitern und Bauern. Seine Nähe zu den Slumbewohnern kommt über die Massenversammlungen nicht hinaus, in denen er in letzter Zeit immer offener gegen die IRP zu Felde zieht. Organisatorisch verankert ist Banisadr bei den Slumbewohnern nicht im geringsten. Am wenigsten ist er in der Lage, auf das Hauptproblem des Iran, den Gegensatz Stadt und Land, eine adäquate Antwort zu geben. Hier gilt es, die vom Schah-Regime in Gang gesetzte Konzentration des Reichtums, der Verwaltung, der Macht und zugleich auch des Elends in der Hauptstadt Teheran zunächst Einhalt zu gebieten und dann rückgängig zu machen. Um mit diesem Problem fertig zu werden, bedarf es in der Tat einer Weiterführung der Revolution, einer Revolution mit neuer Stoßrichtung, mit neuen Forderungen, mit neuen Bündniskon-

stellationen. Dazu ist Banisadr weder von seiner Person noch von seiner sozialen Basis her in der Lage.

Was die Linken anbetrifft, soweit ich mich noch auf Erlebnisse und auf Erfahrungen stützen kann, die ich vor einigen Monaten selber in Teheran sammeln konnte, kann man sagen, daß bis auf die linksislamische Gruppe Volksmudjahedin (VM), die punktuell Projekte in den Stadtteilen mit Slumbevölkerung in Gang setzen konnten, der Haupteinfluß der linken Gruppierungen nördlich der Stadtmitte liegt, also innerhalb der etwas besser gestellten sozialen Schichten; auf jeden Fall bedeutend weniger in dem südlichen Stadtteil, wo hauptsächlich Slumbevölkerung angesiedelt ist. In den Fabriken haben die linken Gruppen durchaus Einfluß, aber auch innerhalb der Verwaltung und bei den Intellektuellen. Zum Teil mag es damit zu tun haben, daß sie die Bedeutung der Slumbewohner generell unterschätzen und außer acht lassen. Die Volksfedajin (nach der Spaltung jetzt also die Mehrheitsfraktion) ordnen alle Kräfte, die nicht der Bourgeoisie, nicht den Großgrundbesitzern und nicht den Arbeitern angehören, einfach der »Kleinbourgeoisie« zu. Von daher sind die Bereitschaft und das Interesse, dort diese großen Massen zu organisieren, bedeutend geringer. Die Volksfedajin (VF-Mehrheitsfraktion) gehen davon aus, daß die Kleinbourgeoisie an der Macht ist, sowohl hinsichtlich der Basis, als auch hinsichtlich der Repräsentanz, verkörpert in der Islamisch-Republikanischen Partei. Sie als Repräsentant der Arbeiterklasse – diesen Anspruch erheben sie jedenfalls für sich – sind bestrebt, mit der Kleinbourgeoisie gegen den Imperialismus Bündnisse zu schließen. Aber daß die IRP, obwohl sie sich auf die Entrechteten, auf die Slumbewohner beruft und versucht, nach wie vor ihre Massenbasis dort zu erhalten, etwas ganz anderes in ihrer Struktur und in ihrer Stoßrichtung ist, als was die Slumbewohner wollen und wollen müssen, diesen Widerspruch erkennen die VF-Mehrheitsfraktion überhaupt nicht. Insofern wundere ich mich auch nicht, daß sie gerade unter der Slumbevölkerung kaum Anhang haben. Im Gegensatz dazu stehen die Volksmudjahedin, die wesentlich mehr Anhang haben. Aber auch diese Gruppe hat vor allem die Bauern, die Arbeiter, die nationalen Minderheiten im Auge, weniger die Slumbewohner.

sozialismus: *Du hast selber angeschnitten, daß die Marginalisierten nur der vorgelagerte Ausdruck des eigentlichen Problems sind, daß dahinter die Situation der Landwirtschaft liegt und daß die Konzeptionslosigkeit gegenüber Lösungsmöglichkeiten für die Slumbewohner im Grunde genommen die Konzeptionslosigkeit der Kräfte gegenüber einer Reorganisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft ist. Aber muß nicht ein – auch ökonomisch – alternativer Entwicklungsweg einschließen, daß die industrielle Basis selbst verbessert wird? Also ist das Konzept von Banisadr, die Kleinproduktion, handwerkliche und agrikulturelle, zu forcieren, das auch bei den Linken durchaus Freunde hat, eine Alternative zu dem, was die IRP im Moment macht?*

Massarat: Ich glaube, es ist wichtiger, solche Fragen von sozialen Trägern, von Klassen, die existieren und die unterschiedliche Vorstellungen über den künftigen Entwicklungsweg haben, zu beantworten, als abstrahierend davon die einzelnen Industrialisierungsmodelle oder Entwicklungsmodelle zu untersuchen. Insofern müßte man praktisch zurückkommen zu einer Einschätzung der sozialen Klassen.

Man muß berücksichtigen, daß die Bourgeoisie mit allen ihren Schichten, mittlere Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie, auch noch die Großbourgeoisie überall im Staatsapparat vertreten ist, im Parlament, in den einzelnen islamischen Fraktionen, die im Parlament sitzen, im Militär, an den Universitäten und Bildungseinrichtungen, in den Massenmedien sehr stark; die Bourgeoisie ist auf jeden Fall eine sozial, ökonomisch und politisch sehr wichtige Kraft, gegen die nicht ohne weiteres eine bestimmte Politik gemacht werden kann. Dann existiert die große Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen. Die Lohnabhängigen vor allem würde ich nicht als jene entscheidende soziale Kraft ansehen, noch nicht, insofern als diese zwar ökonomisch im Widerspruch zum Kapital, zu den Unternehmern stehen, aber an sich noch nicht die Erfahrungen gemacht haben, um sich auch als eine insgesamt von der Bourgeoisie zu unterscheidende Kraft zu begreifen. Ihre Kämpfe beziehen sich nur auf die Betriebe, weniger auf die Organisierung von überbetrieblichen Gewerkschaften. Ihnen geht es zunächst um materielle Verbesserungen, um Umverteilung des Wertprodukts, das der Betrieb produziert, also eine weitgehend auf kurzfristige Vorteile gerichtete politische Auseinandersetzung. Ein Arbeiterbewußtsein gibt es – bis auf die traditionellen Sektoren wie Ölindustrie – in der modernen iranischen Industrie nicht.

Bis die Arbeiterklasse als eigenständige soziale Kraft auf die Bühne tritt, wird es wahrscheinlich einige Zeit dauern.

Dann gibt es die nationalen Minderheiten, die auf demokratische Rechte, auf Autonomie aus sind und diese auch mit Waffengewalt erreichen wollen, vor allem die Kurden.

Und man kann auch sagen, daß es im Norden eine Bauernbewegung gibt, in der die linksislamischen und nichtislamischen linken Kräfte stark vertreten sind. Das sind die sozialen Kräfte, die im wesentlichen in der einen oder in der anderen Form präsent sind. Daneben spielt der Klerus, aufgrund seiner eigenen Geschichte und Funktion in der iranischen Gesellschaft und aufgrund der Tatsache, daß er einen Apparat hat, als eigenständige Kraft neben den Klassen oder im Zusammenhang mit verschiedenen sozialen Klassen eine bedeutende Rolle, versucht, die ganze Macht an sich zu reißen.

Vor dem Hintergrund dieser Struktur muß man fragen, welche dieser Klassen oder welches Bündnis angesichts der globalen Weltmarktkonstellation überhaupt in der Lage ist, eine Strategie zu realisieren, die die Probleme der Landreform und die Lösung der Probleme der Slumbewohner in Angriff nimmt. Die vorhandene Bourgeoisie, auch die Basaris, drängen darauf, die Weltmarktbeziehungen aufrecht zu erhalten, die Abhängigkeit nicht ganz zu zerreißen. Wohin diese Vorstellung führen kann, kann man aus der lateinamerikanischen Geschichte sehen, daß nämlich die Eigenständigkeit, die die nationale oder liberale Bourgeoisie anstrebt, eine mehr oder weniger gewünschte, aber nicht realisierbare Eigenständigkeit ist und bleiben wird. Die persische Bourgeoisie wird alsbald ihre Vorteile eher darin sehen, wieder mit den multinationalen Konzernen zusammenzuarbeiten. Das bringt ihnen letztlich viel mehr Vorteile, modernere Technologie, mehr Erfahrung, mehr Know how. Und alle diese Momente, die bei der Verwertung des Kapitals eine Rolle spielen, werden sich durchsetzen und mittel- oder langfristig einen Industrialisierungsweg oder einen Entwicklungsweg hervorbringen, der vor allem von der Bourgeoisie, egal ob islamisch oder nicht islamisch, getragen wird. Nicht in dem Maße ungleichmäßig, wie unter dem Schah-Regime, mit wesentlich mehr Korrekturmöglichkeiten. Das bedeutet natürlich, daß die sozialen Reformen auf der Strecke bleiben, daß wahrscheinlich das Problem der Lebensmittelversorgung nach wie vor durch Importe aus dem Ausland gelöst wird, solange Erdöleinnahmen existieren. Die Finanzierung landwirtschaftlicher Produkte wird eher auf dem leichteren Weg erfolgen, als über den Ausbau der eigenen Landwirtschaft, da dies wiederum grundlegende Umwälzungen, generelle Umorientierung vom Weltmarkt auf den nationalen Markt voraussetzt und im Grunde genommen einen anderen Entwicklungsweg erfordert, der nicht von der Bourgeoisie, sondern von einer anderen sozialen Klasse getragen werden muß.

sozialismus: *Sind alle Kräfte der Revolution genannt? Bleiben da nicht die Massen auf dem Land übrig, die nur religiöse Fürsprecher haben? Wird nicht ein engerer oder weiterer Kreis der Revolution dadurch festgelegt, daß eine soziale Kraft der Stadt diesen Massen auf dem weiten Land eine Perspektive bieten muß?*

Massarat: Ich glaube, daß wahrscheinlich ein Mißverständnis über die Landbevölkerung existiert in einem Land wie Persien mit seiner spezifisch asiatischen Struktur, wo die fast 50 000 Dörfer zerstreut über das ganze Land verteilt sind und selten die Grundlage für eine Massenbewegung der Bauern bieten konnte. Dörfer, die weit auseinanderliegen, 20, 30, manchmal hunderte von Kilometern, bieten einfach räumlich nicht die Voraussetzung, die notwendig wäre für eine Bauernbewegung, die wiederum notwendig wäre für die Umwälzung in Richtung auf eine Landreform. Deswegen meine ich, daß – wenn man von der Bauernbewegung im Norden abstrahiert – das Hauptproblem, das politisch explosiv bleiben wird, nicht das Problem der ländlichen Bauern, sondern das Problem der städtischen Bauern – der Slumbewohner – ist. Gerade diese sind es, die sehr viel Hoffnungen in die Revolution setzten und heute erwarten, daß diese auch eingelöst werden. Deswegen lege ich den Schwerpunkt meiner Überlegungen gerade auf diese *ehemaligen* Bauern und *nicht* auf die *heutigen* Bauern, weil das das Hauptproblem der Gesellschaft ist.

sozialismus: *Aber solange die Probleme auf dem Lande nicht gelöst sind, wird der Zustrom von Menschen in die Städte nicht abreißen und ihre Verelendung dort eher noch zunehmen. Das Problem der Slums und der Marginalisierten wird sich auf höherer Stufenleiter reproduzieren.*

Massarat: Das ist richtig. Aber die sozialen Träger einer radikalen Umwälzung – das wäre die Konsequenz meiner Überlegung – sind nicht die Bauern selber, sondern die städtischen Klassen. Diese würden die eigentlichen Träger einer Entwicklungsstrategie sein, die Erfolg haben wird für die Überwindung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und nicht die ländlichen Bauern.

sozialismus: *Muß man sich angesichts der Erfahrungen aus der iranischen Entwicklung nicht die Illusion abgewöhnen, die Revolution allein in der Stadt machen zu können.*

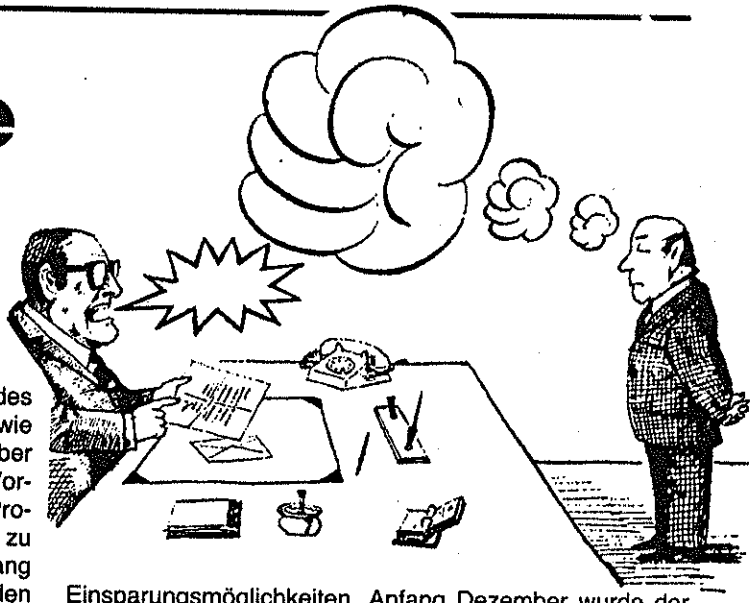
Massarat: Was Iran betrifft, dürfte der soziale Sprengstoff, der gesellschaftliche Druck für die Durchsetzung einer an der Landwirtschaft orientierten Entwicklungsstrategie nicht vom Land (wenn man vom Norden erstmal absieht), sondern eher von der Stadt kommen, so paradox dies auch erscheinen mag.

sozialismus: *Das war schon mit dem alten isolierten Kleineigentum in Europa so. Marx hat darüber gesagt: Solange die keinen Zusammenhang haben, bringen sie's nie zu was, schon gar nicht zu einer sozialen Revolution. Die 50 000 Versprengten bringen es für sich nicht zu einer sozialen Bewegung. Das ist völlig zugestanden. Wir verweisen nur umgekehrt auf das Problem: solange man für die ökonomischen Strukturen auf dem Lande keine Lösung hat, die dort ein anderes Zeitalter einläutet, läuft das Land immer Gefahr, daß in der Stadt soziale Konflikte, Eruptionen resultieren, die auch unlösbar sind, oder zumindest mit bestimmten Teilen unlösbar sind.*

Massarat: Ja, die Überwindung des Stadt-Land-Gefälles ist u. a. auch deshalb so entscheidend, weil es zugleich die Schlüssel zur Lösung des Slumproblems einschließt. In einer Stadt wie Teheran können nicht 3 Mio. Lohnarbeiter integriert werden. Lediglich ein Bruchteil von denen, die noch nicht integriert sind, kann ökonomisch, räumlich und sozial in der Stadt integriert werden, der Rest bleibt entweder ständiger sozialer Sprengstoff, oder er muß auf das Land zurückgeführt werden, was ohne Landreform wiederum nicht möglich ist. Eine die Landwirtschaft strukturell einbeziehende Entwicklungsstrategie kann politisch durchgesetzt werden durch ein Bündnis von entrechteten städtischen

Schichten, dazu gehören auf jeden Fall die Slumbewohner, die Lohnabhängigen, die radikalisierten Intellektuellen und die radikalisierte Kleinbourgeoisie, das auch nationale Minderheiten einschließen muß, ein Bündnis also, das politisch schon in der Präsidentschafts-Kandidatur des Führers der Volksmodjahedin Radjavi im Ansatz einmal zustande kam. Dieses Bündnis müßte ein Industrialisierungsmodell anbieten, das in der Tat weg vom Weltmarkt zu einer nationalen Orientierung der eigenen Produktion – das wird für einige Jahre unproduktiv laufen – führen muß. Dies bedeutet die radikale Zerstörung der Abhängigkeitsstrukturen, aber keineswegs Verzicht auf den Einkauf von »westlicher Technologie«, know how, die ja für den Aufbau einer nationalen Industrie unumgänglich sind. Die Erdöleinnahmen garantieren die Finanzierung einer solchen Strategie. Der Krieg mit dem Irak könnte die Kräfteverhältnisse zugunsten des oben charakterisierten Bündnisses verschieben. □

Hauptsache Arbeit?



Der normale Geschäftsgang bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs für 1981 war gestört. Anstatt, wie gesetzlich vorgeschrieben, bereits bis zum 1. September 1980 den Haushaltsplan '81 festzustellen, wartete der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit (BA) die Nachwahl-Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums über die zu erwartende Entwicklung im Jahre 1981 ab. Erst Anfang November legte der Vorstand dem Verwaltungsrat den Haushaltsplan für 1981 mit einem Rekordvolumen von 23,5 Mrd. DM vor. Die ökonomischen Prognosen liefen zu diesem Zeitpunkt aber noch weit auseinander. Der Verwaltungsrat lehnte die Verabschiedung ab und vertagte die Beratungen auf Anfang Dezember.

Der umstrittene Etat ging u. a. von folgenden Eckdaten aus:

- registrierte Arbeitslose rd. 1 Mill. im Jahresdurchschnitt 1981 (1979: 876 Tsd., 1980: 889 Tsd.). Das Arbeitslosengeld erhöht sich damit um 2,3 auf 10,1 Mrd. DM.
- Kurzarbeiter 1981 in Höhe von 300–400 Tsd. (1979: 88 Tsd., 1980: 163 Tsd.). Das Kurzarbeitergeld erhöht sich damit um 0,7 auf 1,2 Mrd. DM.
- Steigerung der Beitragspflichtigen auf 21,2 Mill.
- Steigerung des Satzes der Bruttoentgelte um 6%.

Trotz dieser **rosigen** Einschätzung der ökonomischen Entwicklung für 1981 sah der Haushaltsentwurf ein **Defizit von 3,4 Mrd. DM** vor. Abgesehen von der Entnahme aus den noch spärlich vorhandenen Rücklagen in Höhe von 84 Mill. DM, glaubte man mit einem Bundeszuschuß in Höhe von 3,1 Mrd. DM auszukommen. Zu den staatlichen Verpflichtungen kamen weitere vom Bund zu tragende 2 Mrd. für Arbeitslosenhilfe und 0,9 Mrd. DM, die die BA vom Bund als rückzahlbare Liquiditätshilfe erwartet, um finanzielle Engpässe während der Spitze der Winterarbeitslosigkeit zu überbrücken. Insgesamt beinhaltete der Entwurf damit ein Defizit von rd. 5,4 Mrd. DM.

Gegenüber der unrealistischen Vorstellung, daß die BA 1981 beim Bund lediglich mit 3,1 Mrd. in der Kreide stehen wird, ging der Verwaltungsrat zum Zeitpunkt seiner Ablehnung des Etats von einem Bundeszuschuß von 4,5 bis 5 Mrd. DM aus. Gleichzeitig beschloß er die Prüfung weiterer Einsparungsmöglichkeiten. Anfang Dezember wurde der neu aufgestellte Haushaltsentwurf gegen die Stimmen der Arbeitgeber-Vertreter, deren Skepsis gegenüber dem Realitätsgehalt auch des neuen Entwurfs zu groß war, verabschiedet. Entgegen den ursprünglichen Bedenken des Verwaltungsrates beinhaltet der Etat einen Bundeszuschuß lediglich in Höhe von 3,6 Mrd. DM. Auf der Ausgabenseite sind knapp 10,6 Mrd. Arbeitslosengeld vorgesehen und für 380 Tsd. Kurzarbeiter enthält der Haushalt ferner nicht ganz 1,5 Mrd. DM an Leistungen.

Entwicklung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Mrd. DM

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
ALG	1,4	3,5	7,8	6,9	6,3	6,3	7,5	8,1
ALHi	0,1	0,2	0,8	1,3	1,3	1,4	1,6	1,5

Überschuß bzw. Defizit der Arbeitslosenversicherung in Mrd. DM

1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 1)	1981 2)
+ 0,7	- 2,4	- 6,6	- 1,8	+ 0,3	+ 0,2	- 2,2	- 2,0	- 6,1	- 11,3

1) geschätzt bei 1,2 Mill. reg. Arbeitslosen 2) geschätzt bei 1,5 Mill. reg. Arbeitslosen

Es ist aufgrund des Fehlens einer offenen Diskussion innerhalb der Selbstverwaltung schwer einzuschätzen, was die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer-Vertreter letzten Endes bewog, diesem Haushalt seine Zustimmung zu geben; zu einem Zeitpunkt, wo bereits völlig klar war, daß der Haushalt '81 nicht im mindesten das halten kann, was man von ihm verlangt, eine solide Geschäftsgrundlage darzustellen. Die Bedingung, die die gewerkschaftlichen Selbstverwalter an ihre Zustimmung zum Haushalt banden, daß auch in diesem Jahr wieder etwa 50 000 Arbeitslose durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeit finden sol-